Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5905**

19. Wahlperiode 19.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Dr. Danyal Bayaz, Katharina Dröge, Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Corinna Rüffer, Stefan Schmidt, Lisa Badum, Annalena Baerbock, Margarete Bause, Agnieszka Brugger, Dr. Anna Christmann, Katja Dörner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Stefan Gelbhaar, Britta Haßelmann, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Sylvia Kotting-Uhl, Christian Kühn (Tübingen), Stephan Kühn (Dresden), Steffi Lemke, Dr. Irene Mihalic, Friedrich Ostendorff, Tabea Rößner, Dr. Manuela Rottmann, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4624, 19/4625, 19/4626 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der von der Koalition vorgelegte Haushalt ist ein Haushalt des weiter so. Der Bundesregierung fehlt der klare Kompass, deswegen verteilt sie das Geld mit der Gießkanne. Ihr fehlen der Wille und die Kraft zur Veränderung. Auf die großen Herausforderungen unserer Zeit gibt die Koalition mit diesem Haushalt keine Antworten.

Der Hitzesommer und die Dürre haben die Klimakrise auch in Deutschland spürbar gemacht. Die soziale Ungleichheit ist eine Belastung für das Land. Zehn Jahre Finanzkrise haben in Europa zu schweren Verwerfungen geführt und international entstehen neue Konfliktherde, während alte noch immer nicht gelöst sind. Demokratie und Menschenrechte stehen weltweit unter Druck. Die Reaktion der Koalition aus CDU, CSU und SPD: Sie machen einfach weiter wie bisher.

Wer will, kann politisch gestalten und wichtige Veränderungen anstoßen. Wir sind die erste Generation, die die Klimakrise in Deutschland direkt zu spüren bekommt und wir sind die letzte Generation, die unsere Lebensgrundlage noch retten kann. Es ist möglich, der Klimakrise und dem Artensterben etwas entgegen zu setzen. Es ist möglich,

für mehr Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt zu sorgen. Und es ist möglich, globale Gerechtigkeit voranzubringen und weltweit die Menschenrechte zu stärken. Der Haushalt für das Jahr 2019 lässt einen aber ernüchtert zurück. Die Bundesregierung nutzt diese Möglichkeiten nicht. Ihr fehlt der Wille wirklich etwas zu ändern. Der Haushalt 2019 ist ein schlechtes „weiter so“.

Das Fundament bröckelt

Die Ergebnisse der letzten Steuerschätzung zeigen, dass die Zeiten der stetig wachsenden Überschüsse vorbei gehen. Darauf braucht es dringend Antworten im Haushalt. Die Bundesregierung hat sich aber an diesen Zustand gewöhnt. Zeigte sie sich früher noch von Überschüssen „überrascht“, sind die jetzigen Überschüsse längst in der Finanzplanung eingepreist und werden schnell verbraucht sein. Und nicht nur das: Auch die aufgebauten Rücklagen werden aufgezehrt. Statt das Geld der Rücklagen sinnvoll in die Zukunft zu investieren, wird es mit der Gießkanne ausgeschenkt. Die Folgen sind gravierend: betrug der strukturelle Finanzierungsüberschuss 2017 noch 3 Mrd. Euro, verwandelt er sich in 2018 in ein Finanzierungsdefizit von 5,5 Mrd. Euro und weitet sich in 2019 auf rund 15 Mrd. Euro aus. Mit rund 10 Mrd. Euro ist die geplante strukturelle Verschuldung für 2019 knapp an die durch die Schuldenbremse vorgegebene Höchstgrenze von etwa 11 ½ Mrd. Euro herangerückt.

Die tatsächliche Arbeit am Haushalt, an seinem Fundament, scheut die Bundesregierung wie der Teufel das Weihwasser. Sie sieht nicht nur zu, wie das Fundament langsam wegbröckelt, sie sprengt noch zusätzliche Löcher hinein. Neue dauerhafte Ausgaben oder Steuersenkungen finanziert sie kurzfristig aus Rücklagen aus konjunkturellen Überschüssen oder durch einen schnellen Griff in die Sozialkassen. Eine dauerhafte Finanzierung fehlt. Bestes Beispiel dafür ist der Abbau des Solis ohne gerechte Gegenfinanzierung, die aus Beitragsmitteln finanzierte Mütterrente oder das Baukindergeld. Das wird schief gehen, aber die Bundesregierung hält daran fest. Sie lebt nach dem Motto: Nach uns die Sintflut.

Gerade jetzt, bei gut laufender Konjunktur braucht es strukturelle Arbeit am Haushalt. Zur Stärkung des Fundaments müssen klimaschädliche Subventionen abgebaut, die Einnahmen verbessert und ein hartes Controlling bei Investitions- und Beschaffungsprojekten eingeführt werden, um Verschwendung zu stoppen und verantwortungsvoll mit Steuergeld umzugehen. Dadurch steigen die Spielräume für mehr Investitionen, in Klimaschutz, in bezahlbare Wohnungen, in schnelles Internet, öffentlichen Nahverkehr und gute Schulen genauso wie die Spielräume für die Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut.

Investitionsstau bleibt bestehen

Der Investitionsstau nimmt zu. Zentraler Teil einer jeden nachhaltigen Finanzpolitik ist eine sinnvolle Investitionsstrategie. Die fehlt der Bundesregierung- wie auch der Haushalt zeigt. Zerfallende Brücken, lahmes Internet, fehlende Busse und Bahnen vor Ort, stockende Energiewende, das alles sind Ergebnisse einer fehlenden Investitionsstrategie der Bundesregierung. Die Folgen sind nicht nur jetzt spürbar, gerade nachkommende Generationen werden mit fehlender Infrastruktur zu kämpfen haben. Mangelnde Investitionen bedeuten versteckte Schulden. Es ist möglich die Investitionsquote dauerhaft deutlich zu erhöhen, wenn man nur will. Dieser Wille fehlt der Bundesregierung, sie setzt auf ein simples „weiter so“.

Erschwerend kommt hinzu, dass die bestehenden Investitionsprogramme vielfach nicht ausreichend abfließen. Auch hier: Es fehlt das Konzept, die Strategie, die Verlässlichkeit. Alles bleibt oberflächlich, die eingesetzten Mittel verpuffen, ohne grundlegende Fortschritte zu erzielen. Weder Kommunen noch Länder können sich bei dem Zickzackkurs des Bundes auf dauerhafte Investitionsmittel einstellen. Wer nicht weiß, wie lang ein Programm wirklich laufen wird, wieviel Geld am Ende zur Verfügung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

steht und ob Anträge überhaupt bewilligt werden, schafft auch keine neuen Stellen für Planerinnen und Planer. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wäre aber die Aufgabe des Finanzministers.

Klimakrise beenden und Artensterben stoppen – für einen konsequenten Klima- und Artenschutz

Unser Klima und unsere Umwelt haben in der Bundesregierung keine Lobby. Während Deutschland am Anfang der 2000er Jahre international noch voranging, gibt die Bundesregierung mittlerweile selbst gesteckte Klimaziele ohne Reue auf. Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und großer Verursacher der Klimakrise trägt Deutschland jedoch eine besondere Verantwortung dafür, dass unser Planet nicht weiter zerstört wird.

Während sich Klimakrise, Artensterben und Plastikvermüllung fortsetzen, ist der Haushalt für die Herausforderung dieses Jahrhunderts schlecht gewappnet. Die nationalen, europäischen und internationalen Klima- und Biodiversitätsziele werden krachend verfehlt. Zugleich unterstützt die Bundesregierung diese dramatische Situation sogar noch, indem sie Milliardensummen für die Klimazerstörung verteilt. Mit mehr als 52 Mrd. Euro pro Jahr wird die klima- und umweltfeindliche Produktion gefördert. Besonders heftig wirken sich die Subventionierung von Diesel, von schweren Dienstwagen sowie die Begünstigung der Flugindustrie aus. Wer Plastiktüten oder andere Kunststoffe herstellt, kann sich außerdem über finanzielle Vorteile freuen. Dass umweltfeindliche Produktion in diesem Ausmaß finanziell gefördert wird, ist absurd. Klüger wäre der umgekehrte Weg: Statt umweltfeindliche Produkte künstlich zu verbilligen, muss in Klima- und Umweltschutz investiert werden.

Die durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen frei werdenden Mittel können in klimaneutrale Energien, mehr Energieeffizienz, in emissionsfreie Mobilität und den öffentlichen Nahverkehr sowie in energiesparsame Häuser investiert werden. Ein klimafreundlicher Bundeshaushalt könnte so die Weichen auf Fortschritt stellen. Darüber hinaus bedeuten der Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen eine doppelte Rendite: Milliarden mehr für Klimaschutz im Haushalt und keine Steuergelder mehr für die Zerstörung des Klimas. Zudem werden dem Bundeshaushalt Milliardensummen an späteren Mehrkosten durch weitere Klimakatastrophen erspart.

Auch international duckt sich die Bundesregierung weg. Längst gegebene Zusagen löst sie nicht ein. Bereits 2009 in Kopenhagen hat sie 10 Mrd. Euro für den internationalen Klimaschutz versprochen. Die internationale Staatengemeinschaft wartet darauf bis heute. Um die nationalen und internationalen Zusagen zu erfüllen und die Klimaziele von Paris nicht ad absurdum zu führen, braucht es eine deutlich größere Anstrengung. Um die Klimaziele zu erreichen, muss auch die energieintensive Industrie klimaneutral werden. Dafür müssen die notwendigen Weichen jetzt gestellt und Unternehmen bei Investitionen in alternative Verfahren und Prozesse, die den Einsatz fossiler Rohstoffe entbehrlich machen oder erheblich reduzieren, besser unterstützt werden.

Wandel im Wirtschaften braucht dynamische und innovative Unternehmen, die diesen mit kreativen Ideen voranbringen. Fakt ist aber, dass die Unternehmensgründungen sinken und die kleinen und mittleren Unternehmen bei den Forschungsausgaben zurückfallen. Es ist deshalb überfällig, mehr für Unternehmensgründungen zu tun. Es ist überfällig, die von der Koalition immer wieder verschobene steuerliche Forschungsförderung für KMU endlich auf den Weg zu bringen.

Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrhundert

Das Verkehrsressort verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um den Verkehrssektor im Sinne der Klimaschutzziele und der Verbesserung der Luft- und Lebensqualität in Deutschland umzugestalten. Aber Verkehrsminister Scheuer setzt die Geisterfahrt

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

seiner CSU-Vorgänger weiter fort. Anstatt endlich umzusteuern, die Elektromobilität voranzubringen und umfassend in die umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn, Rad und Bus zu investieren, pumpt Verkehrsminister Scheuer in den nächsten Jahren unbeirrt Milliarden in den Neu- und Ausbau von Straßen. So wird der Verkehrsbereich die Klimaschutzziele krachend verfehlen. Der Haushaltsentwurf zeigt: Verkehrswende ist für den Minister ein Schimpfwort. Seine Antwort auf die großen Probleme mit dreckiger Luft in unseren Städten, die marode Infrastruktur des Nahverkehrs und die Strukturprobleme bei der Deutschen Bahn lautet: mehr Geld für die Straße, mehr Geld für die Privatisierung von Autobahnen und der LKW-Mauterhebung über Öffentlich-Private-Partnerschaften und zu guter Letzt: mehr Geld für die Vorbereitung einer unsinnigen und europafeindlichen PKW-Maut. Gleichzeitig stagnieren die Ansätze beim Nahverkehr, beim Radverkehr und bei der Schiene. Das ist eine Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrhundert.

Die ökologische Landwirtschaft weiter ausbauen

Eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre für die Landwirtschaft sind extreme Wetterbedingungen, die durch den Menschen mitgeschaffen wurden. Der Dürresommer 2018 hat deutlich gezeigt, dass zeitnah mit einer nachhaltigen Strategie für die Landwirtschaft reagiert werden muss. Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) muss daher finanziell weiter ausgebaut werden. Zur Rückverlegung von Deichen, Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft, wie etwa mittels Renaturierung von Auen und Flussläufen müssen zusätzliche Mittel in der Höhe von 100 Mio. Euro jährlich bereitgestellt werden. Des Weiteren werden Zuschüsse für die Förderung des ökologischen Landbaus und Mittel für einen Klimaaktionsplan für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt, um langfristige und nachhaltige Antworten für eine klimaschonende Landwirtschaft zu liefern. Das Bundesprogramm Nachhaltige Tierzucht soll den Erhalt und die züchterische Bearbeitung von Robust- und Zweinutzungsrassen fördern.

Gerechtigkeit – Die Ungleichheit bleibt

Zwar redet die Koalition viel über den Zusammenhalt der Gesellschaft, ernsthaft was an der Ungleichheit ändern will sie aber nicht. Armut nimmt die schwarz-rote Koalition klaglos hin. Nicht anders ist es zu erklären, dass die gute wirtschaftliche Lage für Vieles genutzt wird, am Wenigsten aber für eine Besserstellung armer oder von Armut bedrohter älterer Menschen. Die winzigen Erhöhungen des Kinderzuschlages verpuffen in Anbetracht der steigenden Kinderarmut. Die Regelsätze sind immer noch nicht bedarfsgerecht berechnet. Arme Menschen, egal ob Kinder, Menschen ohne Erwerbsarbeit oder Rentnerinnen und Rentner sind die Verlierer dieser Haushaltsberatungen. Bei der sozialen Infrastruktur gibt es besonders viel heiße Luft. Das Gute-Kita Gesetz strotzt vor handwerklichen Fehlern. Das geht anders. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat ein Gesamtpaket gegen Kinderarmut in Höhe von 6,2 Mrd. Euro beantragt. Mit einer Reform des Kinderzuschlags sollen gezielt Alleinerziehende unterstützt werden, das Bildungs- und Teilhabepaket soll ausgeweitet werden und der Kinderregelsatz erhöht. Gleichzeitig ist massiv in die soziale Infrastruktur zu investieren.

Auf fairer berechnete Regelsätze wird man bei der Koalition noch bis zum Sankt Nimmerleinstag warten müssen. Ganz flott gingen ihr hingegen die Verbesserungen bei Einkommensstärkeren von der Hand, wofür die rasche Einführung des Baukindergeldes nur ein Beleg ist. Ähnlich verhält es sich in der Rentenpolitik: während die Mütterrente II schon längst auf den Weg gebracht ist, fehlt ein Konzept wie langjährig Versicherte vom Bezug der Grundsicherung verschont werden sollen. Die gravierenden Probleme der gesetzlichen Rente beginnen erst nach Geltungsende der doppelten Haltelinie. Ausdrücklich anzuerkennen sind hingegen Verbesserungen bei der Er-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

werbsminderungsrente durch die Bundesregierung. Diese gehen aber leider an Erwerbsgeminderten, die bereits in Rente sind, vorbei.

Nachdem die Regierungskoalition auf den letzten Metern die neuen Regelinstrumente zur Arbeitsförderung noch nachgebessert hat, gibt es eine realistische Chance, dass vielen Langzeitarbeitslosen mehr Teilhabe ermöglicht wird. Mit mehr Entschlusskraft hätte man die Jobcenter-Finanzierung vollständig absichern können. Die Gefahr einer erneuten Unterdeckung der Verwaltungskosten ist auch für das nächste Jahr nicht gebannt.

Richtigerweise hat sich die Bundesregierung bei der Kindertagesbetreuung viel vorgenommen. Leider gerät sie dabei schon ordentlich ins Stolpern. Die Haushaltsmittel für die Schulkindbetreuung hat sie zum zweiten Mal verschoben, jetzt auf das Jahr 2020. Und offenbar verfügt sie noch nicht einmal über einen Ausbauplan, den sie den Ländern zur Verhandlung vorlegen könnte. Das Gute-Kita-Gesetz führt nicht zu verbindlicher Qualitätsentwicklung in allen Kitas, weil es keine allgemeinen Standards verankert und das Geld mit der Gießkanne verteilt wird. Und leider verzichtet die Bundesregierung von vorn herein auf einen Rückgabemodus für das von den Ländern nicht im Sinne der Zielvereinbarungen eingesetzte Geld. Sie versteigt sich stattdessen auf das Prinzip Hoffnung, was wahrlich keine Kriterium soliden Haushaltens ist. Bei den Freiwilligendiensten ist die Hoffnung gewiss vergeblich, dass mit dem bescheidenen Aufwuchs um 9 Prozent das Angebot bedarfsgerecht ausgestattet ist. Unter Schwarz-Rot wird nicht jeder Interessierte auch einen Freiwilligendienstplatz erhalten.

Mietexplosion bekämpfen

Die Mieten explodieren. Die Bundesregierung tritt aber auf der Stelle. Ihr fehlt der Wille, das Problem an der Wurzel zu packen. Anstatt sich einer ganzheitlichen Wohnungsbaustrategie zu widmen, die einen gesellschaftlichen Zusammenhalt unterschiedlicher Einkommensklassen garantiert, macht die Koalition mit dem Baukindergeld denjenigen Geschenke, die bereits in der Lage sind Eigentum zu erwerben. Das Baukindergeld bietet keine differenzierte Förderung strukturschwacher Regionen. Es fördert insbesondere Familien, die bereits über ein höheres Einkommen verfügen und öffnet damit die Schere zwischen Arm und Reich weiter.

Die finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen auf 2 Mrd. Euro pro Jahr erhöht werden, um prekären Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt entschieden entgegentreten zu können und bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Dazu braucht es einen gerechten und gemeinnützigen Wohnungsmarkt. Dieser soll durch die Initiative Neue Wohngemeinnützigkeit gesichert werden, die in die Schaffung langfristig günstiger Mietwohnungen investiert, damit Wohnraum auch für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger in Zukunft bezahlbar bleibt. Weiterhin bedarf es einer deutlichen Steigerung des Wohngeldes, das sich dynamisch an die individuellen Einkommen und Mieten anpasst.

Bildung, Wissenschaft und Forschung stärken

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind das Fundament einer gerechten, zukunftsfähigen und innovativen Gesellschaft und sollen sozialen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Wohlstand sichern. Dieses Versprechen löst sich jedoch nicht für alle ein, denn Bildungschancen hängen in Deutschland nach wie vor zu stark vom Elternhaus ab. Das geht vor allem auf Kosten von Kindern aus benachteiligten Familien. Kommt dann noch ein Migrationshintergrund dazu, rückt das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung in noch weitere Ferne. Dies zeigt erneut eine aktuelle UNICEF-Studie, nach der das reiche Deutschland bei der Bildungsgerechtigkeit im Vergleich mit anderen Industrieländern nur einen Platz im unteren Mittelfeld belegt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Auch deshalb müssen die Verhandlungen über eine Öffnung des Grundgesetzes jetzt entschieden und konsequent genutzt werden. Nur wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen, kann Deutschland auf dem Weg zur Bildungsrepublik vorankommen - für gute und inklusive Ganztagsschulen, die gezielte Förderung für Schulen in benachteiligten Gebieten und moderne Klassenzimmer mit bester digitaler Infrastruktur. Der Haushalt 2019 aber zeigt erneut, wie sehr das Kooperationsverbot notwendigen Investitionen für mehr Bildungsgerechtigkeit im Wege steht. Weil Bundesfinanzminister Olaf Scholz die für den Ganztagsausbau vorgesehene Mehrjahressumme von zwei Milliarden Euro auf das Jahr 2020 verschoben hat, müssen Eltern und Schülerinnen und Schüler weiter auf gute Ganztags-Betreuungsangebote warten. Eine zukunftsfähige Politik sieht anders aus. Statt Bildungschancen für alle zu schaffen und sich dem 10,5 Prozent-Ziel (7 Prozent des BIP für Bildung, 3,5 Prozent für Forschung und Entwicklung) zu nähern, verheddert die große Koalition sich im Dauerstreit.

Mit der neuen Agentur für Sprunginnovationen hat die Bundesregierung den großen Wurf angekündigt, aber konzeptionell nicht geliefert. Bahn-brechende Innovationen, gerade bei der Bekämpfung der Klimakrise, sind dringend notwendig. Jedoch muss die Agentur im Einklang mit dem Haushaltsrecht und in enger Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft auf-gebaut sowie in EU-Strukturen eingebettet werden. Hier muss die Regierung nochmal nacharbeiten. Der Hitzesommer 2018 hat gezeigt, dass Forschung insgesamt stärker auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrund-lagen fokussiert werden muss, bspw. über eine Stärkung der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung oder eine zukunftsfähige Strategie für künstliche Intelligenz.

Integration richtig vorantreiben

Die Integration von geflüchteten Menschen, die in Deutschland eine neue Heimat suchen, ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe, die es nicht auf die lange Bank zu schieben gilt. Anstatt lösungsorientiert zu agieren, treibt Horst Seehofer mit populistischen Äußerungen die Ausgrenzung und Abschottung voran. Dabei wird auch im Haushalt deutlich, dass die Mittel für Integrationskurse finanziell beschnitten werden, obwohl das Erlernen der deutschen Sprache eines der zentralen Bestandteile für eine gelungene Integration darstellt.

Die Qualität der Arbeitsergebnisse des BAMF muss verbessert werden. Nebst einer bedarfsgerechten Personalausstattung muss die qualitative und rechtsstaatliche Abwicklung der dieser Aufgabe hinsichtlich Strukturen, Prozessen und Verfahren umgesetzt werden. Ein Pilotprojekt des BAMF und des UNHCR hat gezeigt, dass eine flächendeckende, unabhängige und fachlich qualifizierte Asylverfahrensberatung zur Verbesserung und effektiveren Koordination der Asylverfahren führen würde. Durch den Zuzug von Schutzsuchenden aus Ländern mit einer anderen Schriftsprache bzw. von Asylsuchenden, die weder lesen noch schreiben können, ist die Zahl der Alphabetisierungs- und Zweitschriftlernkurse deutlich gestiegen. Obwohl die Bundesregierung für das kommende Jahr eine nochmalige Steigerung der Migrationsberatung für erwachsene Einwanderinnen und Einwanderern (MBE) erwartet, werden die finanziellen Mittel dafür nicht erhöht.

Kommunen stärken

Der Investitionsstau in Deutschland, vor allem in den Kommunen, nimmt immer weiter zu. Der kommunale Investitionsstau summiert sich auf über 158 Mrd. Euro. Immer mehr Menschen spüren, dass die Zeit der Kleinkrämerei ein Ende haben muss. Die Unzufriedenheit über den schlechten Zustand von Schulen, zu wenig Kitaplätze, fehlende Busse und Bahnen, schließende Schwimmbädern und Theater, lahmes Internet und teure Wohnungen hat ihren Grund. Es braucht neue Lösungen, um den kommunalen Investitionsstau aufzulösen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Ergebnisse der Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2017 haben leider nicht dazu geführt, dass die Kommunen die dringend Entlastungen brauchen, diese auch bekommen. Auch deswegen verschärft sich der Investitionsstau. Darauf reagiert der Bund, indem er immer stärker in die direkte Finanzierung von Aufgaben der Länder und Kommunen einsteigt. Das ist im Anbetracht der Lage richtig, aber auf Dauer keine Lösung. Zumal die Bundesregierung hier auch zu zaghaft vorgeht. Mit den GRÜNEN Anträgen zum Haushalt kann die Unterstützung des Bundes für kommunale Investitionen, zum Beispiel in den Bereichen KiTa, Schule, ÖPNV und Wohnen, um insgesamt 4,8 Mrd. Euro gesteigert werden.

Klar ist: Es braucht strukturelle, dauerhafte Lösungen. Der Auftrag zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss endlich eingelöst werden. Dafür braucht es neben direkten Investitionshilfen eine Lösung für die Altschulden und eine spürbare Entlastung bei den Sozialkosten (KdU). Außerdem hilft eine neue Gemeinschaftsaufgabe zur regionalen Daseinsvorsorge sowohl städtischen als auch ländlichen Kommunen und Regionen Strukturschwäche zu überwinden.

Frieden – Mehr Geld für Rüstung macht die Welt unsicherer

Zwar stabilisiert die Koalition die ODA-Quote, aber einen langfristigen Aufholplan um die international zugesicherte Quote von 0,7 Prozent zu erreichen hat sie nicht. Dafür rüstet die Koalition weiter im Verteidigungsetat auf. Zu den sowieso schon erheblichen Zuwächsen der letzten Finanzpläne kommen nochmal über 5 Mrd. Euro im neuen Finanzplan dazu. Gleichzeitig fällt die Ministerin vor allem mit krasser Verschwendung für teure Unternehmensberater und Rüstungsdesastern auf und sieht sich mit einem Strafverfahren konfrontiert. Ihr dann noch zusätzlich Geld in den Etat zu geben, grenzt an mutwilliger Veruntreuung. Dies gilt im Besonderen, wenn mit weiteren Ausgaben für das Militär primär ein NATO-Prozent-Ziel erfüllt werden soll, dessen Höhe sich nicht aus konkreten Bedarfen ergibt, sondern eine willkürliche politische Festlegung ist. Fehlplanungen, unsinnige Rüstungsprojekte, die teilweise nicht mehr sind als Wahlkreisgeschenke, eine Ministerin die ihr Haus nicht in den Griff kriegt sowie mangelndes Controlling – das sind die Probleme der Bundeswehr.

Auch nach Abschluss der Beratungen für den Haushalt 2019 bleibt das Ungleichgewicht zwischen dem stetig wachsenden Verteidigungsbereich und den für Diplomatie, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit verantwortlichen Ressorts - also dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium - bestehen. Auch wenn die Koalition die beiden Ressorts im parlamentarischen Verfahren gestärkt hat, verfehlt die Bundesregierung nach wie vor das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie schafft es mit Müh und Not, die ODA Quote auf 0,5 Prozent zu stabilisieren und ein weiteres Absinken abzuwenden. Es gibt nach wie vor keinen Aufwuchsplan, sondern Politik nach Kassenlage. Das sendet in Zeiten einer sich verändernden Weltordnung mit neuen Akteuren das falsche Zeichen, denn Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit sind wichtiger denn je, um Krisenländer zu stabilisieren und Perspektiven zu schaffen.

Die humanitäre Situation im Jemen und in Syrien ist dramatisch, deshalb ist ein verstärktes humanitäres Engagement in diesen beiden Ländern, aber auch anderswo, dringend notwendig. Die von der Koalition im parlamentarischen Verfahren zusätzlich bereit gestellten Mittel für diese Bereiche sind zwar richtig, aber unzureichend. So geht auch das Auswärtige Amt selbst für 2019 von einem überplanmäßigen Mehrbedarf für humanitäre Hilfe sowie Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung im jeweils dreistelligen Millionenbereich aus. Wenn diese Mehrbedarfe bereits jetzt absehbar sind, müssen die Mittel dafür aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit auch in den regulären Haushalt 2019 und nicht im Laufe des Jahres 2019 nachträglich eingestellt werden. Denn nur mit frühzeitigen Zahlungszusagen zu Jahresbeginn können die humanitären Hilfsorganisationen ausreichend planen und möglichst

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

vielen Menschen in Krisengebieten helfen.

Im Rüstungsetat besteht weiterhin ein signifikantes Rationalisierungspotenzial. Die Bundeswehr ist nur eines von zahlreichen Instrumenten zur Konfliktbearbeitung. Der Staat muss sich primär auf die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung stützen. Größe, Struktur und Umfang der Bundeswehr müssen auf diese Rahmenbedingungen ausgerichtet sein. Eine grundlegende und notwendige Aufgabenkritik, die die Anforderungen an die Streitkräfte reduziert, ist möglich. Eine weitere und konsequente, kohärente europäische Integration der nationalen Streitkräfte in Europa birgt Einsparpotenzial. Im laufenden Haushaltsverfahren haben wir vor diesem Hintergrund Kürzungen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro vorgeschlagen. Des Weiteren ist in Frage zu stellen, ob die Organisation Bundeswehr Milliardenaufwüchse wie sie die Koalition plant, überhaupt absorbieren kann. Es ist zwingend erforderlich, dass die Bundeswehr dazu befähigt wird ihre Aufgaben wieder selbst zu erfüllen und nicht auf den massiven Einsatz Externer angewiesen bleibt.

„Legal, Illegal, Scheißegal“

Immer öfter zeigt sich: Der Koalition aus CDU, CSU und SPD ist geltendes Haushaltsrecht egal. Der Rechnungshof liefert Berichte um Berichte, die kaum deutlicher sein könnten. Immer wieder ignoriert die Bundesregierung die Bundeshaushaltsordnung. Bereits zum Beginn der Wahlperiode genehmigte sie sich 209 Stellen ohne den Bedarf zu erheben. Bis heute fehlt eine haushaltsrechtliche Begründung für die Stellen. Toll Collect wurde erneut als ÖPP-Projekt ausgeschrieben, obwohl die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung keine Grundlage für eine erneuter Privatisierung bietet. Bei der A49 - wieder ein ÖPP Projekt - ignoriert das Verkehrsministerium die Beschlüsse des Haushaltsausschusses. Im Umweltministerium wird rechtswidrig eine B9-Leitungsstelle für internationalen Klimaschutz umgewidmet für den Planungsstab, mit fetter Gehaltserhöhung für einen SPD-Parteifreund aus NRW. Auch während der Bereinigungssitzung wurde die Ignoranz der Koalition gegenüber dem Haushaltsrecht deutlich. 30 neue Leitungsstellen im BMFSFJ für „Planung und Strategie“ sind nach klarer Aussage des Rechnungshofes nicht etatreif begründet. Der Koalition ist das egal.

Gutes Regieren – Verschwendung und Intransparenz stoppen

Good Governance, gute Regierungsführung, ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Gute Regierungsführung bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger genau nachverfolgen können, wo die Steuergelder hinfließen. Dass sie wissen, wie viel die Großprojekte kosten und wo ihr Geld für unsere gemeinsamen Angelegenheiten sinnvoll eingesetzt wird. Dabei geht es auch um Geschlechtergerechtigkeit. Wer profitiert von welchen Maßnahmen und wer sind die Verliererinnen und Verlierer verschwenderischer Haushaltspolitik? Erstaunlicherweise ist Geld in Milliardenhöhe bei Rüstungsdesastern vorhanden, aber für die notwendige Unterstützung von Alleinerziehenden und armen Rentnerinnen und Rentner reicht es nicht.

Die Bundesregierung verschiebt immer mehr Geld in intransparente Sondervermögen. Zwar sind diese im Bundeshaushalt ordnungsgemäß ausgewiesen, der Mittelabfluss und die Verwendung sind aber im Sinne der Haushaltsklarheit und Wahrheit nur schwer nachzuvollziehen. So schafft sich die Bundesregierung immer mehr undurchsichtige Spartruhen. Die Sondervermögen sind dabei aber nur ein Symptom für ihre Planlosigkeit. Wer eine dauerhafte Investitionsstrategie verfolgt, wird nicht von Überschüssen überrascht und kann das Geld auch ohne Sondervermögen sinnvoll ausgeben. Besonders dreist ist die neue Schatzkiste des Verteidigungsministeriums. Ursula von der Leyen bekommt immer mehr Geld für ihren Etat, weil sie es aber gar nicht veräußern kann, darf sie nun Rücklagen bilden. Dabei wäre es bei einer guten Planung kein Problem, ohne zusätzliche Rücklagen überjährig Investitionsvorhaben zu finanzieren.

Immer mehr Geld des Verkehrsministeriums verschwindet in Öffentlich-Privaten-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Partnerschaften. Die Bundesregierung hält aus ideologischen Gründen an dieser für die Bürgerinnen und Bürger teuren und intransparenten Form der Infrastrukturfinanzierung fest. Aktuell plant sie den Betrieb des LKW-Mautsystem trotz des Toll-Collect-Skandals um falsche Abrechnungen in Millionenhöhe erneut an private Unternehmen zu übergeben. Dieser Betrieb durch Private ist nicht nur unwirtschaftlich, er schafft auch Intransparenz und macht die demokratische Kontrolle der Projekte faktisch unmöglich. Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages wird der Zugang zu den wichtigsten Dokumenten wie den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und den Betreiberverträgen verwehrt. Am Ende gewinnen die Privaten, denn ihre Rendite garantiert der Staat und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schauen in die Röhre. Diese teure Form der Infrastrukturfinanzierung hat sich überlebt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zur Bekämpfung der Klimakrise und des Artensterbens:

- klima- und umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen, die sich nach Erhebungen des Umweltbundesamtes auf mehr als 52 Mrd. Euro pro Jahr belaufen, konsequent abzubauen sowie die kurz- bis mittelfristigen Minderausgaben bzw. Steuermehreinnahmen von mindestens 13 Mrd. Euro pro Jahr direkt in den Klimaschutz zu investieren;
- das milliardenschwere Mehrwertsteuerprivileg für das Beherbergungsgewerbe zu streichen.
- das Bundesprogramm Biologische Vielfalt auf 50 Mio. Euro jährlich aufzustocken und auf diesem Niveau zu verstetigen sowie einen nationalen Wildnisfonds in einer Gesamthöhe von 500 Mio. Euro zur Unterstützung der Länder bei der Erreichung der Wildnisziele einzuführen;
- die nicht mehr abwendbaren Folgen der Klimakrise, wie Hitze, Dürren, Starkregen und Überschwemmungen durch ein Klimakatastrophen-Programm in Gesamthöhe von 180 Mio. Euro einzudämmen, und damit z. B. Maßnahmen zur Stadtbegrünung, zum Ökologischen Hochwasserschutz und zur Schaffung ökologisch vielfältiger und robuster Wälder zu verstärken;
- ein Aktionsprogramm Faire Wärme aufzulegen, um die internationalen Klimaziele Deutschlands zu erfüllen und das 1,5-Grad-Limit von Paris einzuhalten. Dabei werden die im Energie- und Klimafonds liegengebliebenen Mittel verwendet, um die steuerliche Förderung für selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer bei Maßnahmen zur energetischen Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser einzuführen, sowie Subventionen von Öl- und Gasheizungen über das Gebäudesanierungsprogramm baldmöglichst eingestellt;
- Für Klimaschutz im Verkehr und saubere Luft in den Städten:
- einen Verkehrsetat vorzulegen der die Luft- und Lebensqualität in den deutschen Städten und Gemeinden signifikant verbessert, die ländliche Mobilität sichert und darauf ausgerichtet ist, die klimaschädlichen Emissionen des Verkehrssektors bis 2030 um 42 Prozent zu vermindern;
- den Straßenneubau auf Projekte zu beschränken, die keine negative Klima- und Verlagerungswirkung erzeugen, die Mittel für den ÖPNV mit einen neuen „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ auf 1,3 Mrd. Euro pro Jahr zu erhöhen sowie ein „Elektrifizierungsprogramms Schiene“ mit 300 Mio. Euro aufzulegen.
- mit einer neue Titelgruppe „Verkehrswende in Städten“ eine Million neue Lastenräder, Beschaffung von E-Bussen sowie Maßnahmen für mehr Rad- und Fußver-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

kehr mit insgesamt 800 Mio. Euro zu fördern und eine neuen Titelgruppe „Ländliche Mobilität sichern“ mit einem Volumen von 380 Mio. Euro im Haushalt zu verankern;

- Für Klimaschutz und Tierschutz in der Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung:
- die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) finanziell weiter stärken und den Bundesanteil zur Finanzierung „Förderung zukunftsfähige Tierhaltung“ mit 250 Mio. Euro auszustatten.
- die Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus mit 55 Mio. Euro zu stärken, sowie eine zukunftsfähige Tierhaltung zu fördern und Mittel für einen Klimaaktionsplan für die Landwirtschaft bereitzustellen;
- die Einrichtung eines Förderschwerpunktes zur Verbesserung des Essens in der Gemeinschaftsverpflegung in der GAK in Höhe von 20 Mio. Euro, um gesundes Bio- und regionales Essen zum Standard in der Außer-Haus-Verpflegung zu machen und den Zugang zu gutem Essen insbesondere für Kinder zu verbessern.
- Für günstige Wohnungen:
- die finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 2 Mrd. Euro pro Jahr zu erhöhen;
- durch eine Initiative Neue Wohngemeinnützigkeit in die Schaffung langfristig günstiger Mietwohnungen zu investieren;
- das Wohngeld zu verdoppeln und eine Klimakomponente einzuführen;
- das Baukindergeld zu streichen und die damit eingesparten Mittel in die neue Wohngemeinnützigkeit und in den sozialen Wohnungsbau zu investieren;
- Käuferinnen und Käufer von Wohneigentum durch das Bestellerprinzip und einer Obergrenze der Maklercourtage, sowie bei dem Erwerb von genossenschaftlichem Wohneigentum zu entlasten;
- Gegen Armut, für gute Bildung, Integration und kommunale Daseinsvorsorge:
- Kinderarmut durch eine entschlossene Weiterentwicklung des Kinderzuschlags im Umfang von 4 Mrd. Euro zu bekämpfen und dabei vor allem weiterreichende Komponenten zur Stärkung von Alleinerziehenden vorzusehen. Zudem ist der Kinderregelsatz um durchschnittlich 75 Euro pro Monat anzuheben und entsprechend dazu der Titel um 1,6 Mrd. Euro zu verstärken;
- das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder und Jugendliche um rund 600 Mio. Euro auf ein tatsächlich bedarfsdeckendes Volumen zu erhöhen;
- sich weiter investiv am Platzausbau in der Kindertagesbetreuung zu beteiligen sowie eine hochwertige Angebotsqualität durch Mindeststandards bei der Fachkraft-Kind-Relation bundesgesetzlich festzulegen; hierzu sind den Kommunen nach einer einjährigen Anschubphase jährlich 3 Mrd. Euro bereit zu stellen;
- die Mittel für die Jugendfreiwilligendienste sowie den Bundesfreiwilligendienst um insgesamt 338 Mio. Euro zu erhöhen, damit im Vergleich zu heute doppelt so viele Einsatzstellen geschaffen werden können.
- die Jobcenter mit 500 Mio. Euro bei den Verwaltungskosten finanziell so zu stärken, dass dieser Etats wirklich auskömmlich finanziert ist;
- das gescheiterte Instrument Darlehen zur Familienpflegezeit abzuschaffen und stattdessen Pflegende durch eine lohnersetzende Leistung zu unterstützen und dafür pro Haushaltsjahr 200 Mio. Euro vorzusehen;
- die Regelsätze für Erwachsene sachgerecht und fair zu bestimmen und den Titel Arbeitslosengeld II in einem ersten Schritt dann entsprechend um knapp 1 Mrd. Euro zu erhöhen;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- eine Garantierente zur besseren Absicherung langjährig Versicherter in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verankern und im Einführungsjahr mit 450 Mio. Euro zu unterlegen;
- die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung als wichtige Zukunftsinvestition mit Blick auf das 7-Prozent-Ziel für Bildung und das 3,5-Prozent-Ziel für Forschung und Entwicklung weiter zu steigern und insbesondere ein Ganztagsschulprogramm mit Schwerpunkt auf Brennpunktschulen mit 1,5 Mrd. Euro aufzulegen, die Berufsschulen mit 500 Mio. Euro zu stärken, die Weiterbildungsförderung um 440 Mio. Euro zu erhöhen und dabei Aufstiegsfortbildungen kostenfrei zu machen, das BAföG mit 470 Mio. Euro und den Hochschulpakt mit 240 Mio. Euro zu stärken, 500 Mio. Euro in die Infrastrukturen des Wissens zu investieren und bahnbrechende Innovationen für die sozialökologische Wende genau wie das Zukunftsthema Künstliche Intelligenz europäisch zu denken und verstärkt zu fördern;
- die Mittel für die Durchführung von Integrationskursen sowie die Mittel für Migrationsberatung und niedrigschwellige Kursangebote für Frauen um 254 Mio. Euro zu erhöhen, um allen Geflüchteten Sprach- und Alphabetisierungsangebote zu ermöglichen,
- die Qualität von Asylverfahren durch den Aufbau einer flächendeckenden unentgeltlichen, fachlich qualifizierten und unabhängigen Asylverfahrensberatung zu verbessern;
- eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) mit 500 Mio. Euro pro Jahr auszustatten für den Aufbau einer Förderung für die allgemeine Infrastruktur und Planungskapazitäten für strukturschwache, ländliche und städtische Regionen;
- Für die ökologische Transformation der Wirtschaft:
- eine unbürokratische steuerliche Forschungsförderung für KMU mit einem Bundesanteil von 350 Mio. Euro, ein Gründungskapital für Neugründerinnen und Nachfolger in Höhe von 300 Mio. Euro sowie eine Förderung für CO2-arme Industrieprozesse einzuführen, damit die Wirtschaft innovativer, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger wird;
- den Strukturwandel und Kohleausstieg aktiv zu gestalten und die Wirkungen der klimapolitisch veranlassten Maßnahmen zum Kohleausstieg auf die Wertschöpfungskette, die Arbeitsplatz- sowie Lebenssituation der Menschen beginnend im Jahr 2019 durch struktur- und beschäftigungspolitische Maßnahmen zu flankieren. In jeder Region werden die Mittel auf vier Säulen aufgeteilt: Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, kommunale und regionale Infrastruktur und Zivilgesellschaft;
- Für Frieden und globale Gerechtigkeit:
- um das 0,7 Prozent Ziel mit einem ambitionierten Aufholplan in den nächsten Jahren zu erreichen, die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Klimaschutzmit 1,5 Mrd. Euro und Humanitäre Hilfe mit 500 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich zu stärken, die multilaterale Zusammenarbeit auszubauen, die Zivilgesellschaft zu unterstützen und die Diplomatie auch personell zu stärken;
- die Mittel für die Ertüchtigung von Partnerstaaten hin zu einem Titel zur „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ umzuwidmen und der ressortgemeinsamen Bewirtschaftung von AA, BMVg, BMZ und BMI zu unterstellen. Durch diese Umwidmung stehen dann 210 Mio. Euro für Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung zur Verfügung.
- die nukleare Teilhabe im Rahmen der nuklearen Abschreckungspolitik der NATO zu beenden, das Trägersystem Tornado außer Dienst zu stellen und somit auch

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

keine finanziellen Mittel für Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen, die sich aus der Modernisierung der US-amerikanischen Atomwaffen ergeben, die in Deutschland stationiert sind. Daraus ergibt sich ein Einsparvolumen von einer halben Milliarde Euro;

- den Einsatz Externer für Beratungs- und Unterstützungsleistungen auf ein absolut notwendiges Minimum zu reduzieren. Das Berichtswesen gegenüber dem Parlament ist durch das BMVg so weiterzuentwickeln, dass daraus ersichtlich wird, in welchem Umfang sich das Ministerium und sein Geschäftsbereich auf Beratung und Unterstützung durch private Unternehmen abstützen;
- auf das Leasing der bewaffnungsfähigen Drohne Heron TP zu verzichten, was zu einer Einsparung von 118 Mio. Euro führen würde.

Berlin, den 19. November 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.